

Correspondent

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Stählich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 22. Januar 1901.

№ 9.

III. Kongress der deutschen Schriftgießer.

In der letzten Nummer sind beim Umbrechen zwei Fahnen umstellt und ein Stück Satz weggeblieben. Nach der Zeile „für geeignet, die Arbeitszeit zu verkürzen“ (2. Spalte) sind das Stück von „Der Verbandsvorsitzende Döblin“ bis zum Schlusse des Berichtes (3. Spalte) und folgende Zeilen einzufügen:

(Nachmittagsitzung.)

Antrag Frankfurt, Berlin, Leipzig, München, Offenbach, Hamburg-Altona: Der Kongress wolle ein Lehrlings-Regulativ anarbeiten, ähnlich dem im Buchdrucker-Tarife enthaltenen, ferner sind die Herren Prinzipale gehalten, die Lehrlinge in allen Zweigen der Gießerei zu unterrichten. Die Lehrzeit beträgt vier Jahre.

Ferner beantragte Berlin: Gehilfen, die mit der Ausbildung von Lehrlingen betraut werden, sind ins gewisse Geld zu stellen und zwar mindestens zu dem Durchschnittsverdienste eines vollen Jahres.

Denselben begründete zunächst Post-Berlin, indem er auf die Statistik hinweist, nach welcher die Zahl der Lehrlinge in den letzten vier Jahren um 70 zugenommen habe, es würde auch viel geklagt über die Ausbildung der Lehrlinge. Redner schlug folgende Stala vor: bei 5 Gehilfen 1, bis zu 15 Gehilfen 3, je weitere 10 Gehilfen 1 Lehrling. Berthahn: Die Thatfache, daß sechs der größten Städte diesen Antrag gestellt, beweise die Wichtigkeit desselben und daher ist es Pflicht des Kongresses, eingehend diese Frage zu behandeln.

Fahn-Leipzig: Obwohl in Leipzig das Verhältnis bezüglich der Lehrzeit ein günstiges sei, hieltten sie es doch für wichtig, einen solchen Antrag zu stellen.

Dann ist weiter zu lesen: „Wilhelm-Frankfurt“ usw. bis „keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.“

Nachmittagsitzung vom 15. Januar.

Nach der Mittagspause eröffnete der Vorsitzende Richter-Leipzig die Verhandlungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Richter-Dresden mit, daß der Dresdener Buchdrucker-Verein es sich nicht habe nehmen lassen, den Delegierten einen Kommerz zu veranstalten, welcher heute Abend 8 Uhr im Trianonsaale stattfinden und wozu er alle Delegierten einlade.

Hierauf wurde in die Diskussion eingetreten.

Flaschmann sprach im Sinne der Resolution; man solle bei den jetzt bestehenden Tarifen bleiben und diesmal eine kleine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Lehrlingskafala sowie die Erhöhung des Minimums zur Durchführung zu bringen suchen.

Im gleichen Sinne bewegten sich die Ausführungen der Vertreter der einzelnen Städte und gelangte dann die Resolution zur einstimmigen Annahme.

Den Antrag, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, begründete Kämmerer: Es sei in dieser Beziehung bisher fast gar nichts geschehen. Die Feier nehme von Jahr zu Jahr größere Dimensionen an; er halte es für nötig, daß der Kongress es ausspreche, den 1. Mai allgemein durch Arbeitsruhe zu feiern, damit auch die Schriftgießer den anderen Gewerkschaften gegenüber eine würdige Stellung einnehmen.

Döblin meinte, es sei besser, jedem zu überlassen, ob er den 1. Mai feiern wolle oder nicht; er wies auf die Schwierigkeiten hin, die da entstünden, wo Buchdruckereien mit Schriftgießereien verbunden seien, außerdem habe die Feier die beabsichtigte Wirkung nicht, wenn sie per ordro da makti befohlen werde.

Baumgarten, Seelmann, Fahn, Bender und Richter-Dresden sprachen sich im gleichen Sinne aus und wurde demgemäß beschloffen.

Hierauf berichtete Niemeyer-Berlin namens der Kommission über die Angelegenheit Dijon. Ihm sei das Material zu einer Reihe von Beschwerden gegen die Firma Genssch & Heise in Hamburg übergeben worden, die Herrn Genssch als kleinen Stumm erscheinen lassen. Nach dem letzten Kongresse habe sich Herr Genssch sehr schwer zugänglich gezeigt und nicht mit der gewünschten Kommission, sondern nur mit Dijon allein verhandeln wollen. So sei es gekommen, daß nur ein kleiner Ausgleich zu stande gekommen sei, indem die hohen Sätze an der Kompletmaschine etwas erniedrigt, die Handmaschinenpreise dagegen etwas erhöht wurden. Berthahne Verträge

gegen den Tarif sollen vorgekommen sein. Ein Fall, der sowohl Herrn Genssch sowie dessen Personal in ein schlechtes Licht stellt, soll hier doch nicht unerwähnt bleiben, denn eine Egyptienne als Protfschrift zu erklären sei wohl noch nicht dagewesen. Ein weiterer Fall: Dijon gab eine größere Schrift, wozu er von Herrn Genssch Zurückung erhielt. Als ein größerer Teil derselben gegossen war, stellte sich heraus, daß sie zu knapp gestelt war und D. sollte nun die Schrift noch einmal ohne Bezahlung gießen, was er jedoch verweigerte. D. sollte hierauf mit der Motivierung, daß er dem Geschäft gegenüber nicht die nötige Koulanz gezeigt, entlassen werden. Auf Betreiben des Bauvorstandes trat der Arbeiterausschuß zusammen, worauf Herr G. die Nebenarbeiten tragen wollte, während D. den Guß umsonst liefern sollte. Des lieben Friedens willen legten die Kollegen zusammen und ersehnten D. den Verlust. Dies sei entschieden eine Schwäche der Kollegen. Auch betreffs der Hauskassen wurde eine Mißbilligung ausgesprochen.

In diesem Sinne bewegte sich auch die Diskussion, an der sich Delegierte aus allen Gießstädten beteiligten. Die Delegierten Hamburgs meinten, der Vorwurf, welchen D. den Hamburger Kollegen mache, falle auf ihn selbst zurück. So lange er in Hamburg gewesen sei, habe er die Zustände so gebildet, daß sei jedenfalls nicht richtig.

Döblin beantragte, der Kongress solle aussprechen: Wir haben anerkannt, daß D. sich verschiedene ungerechte Beschuldigungen zu schulden kommen ließ, wofür ihm seine persönliche Erregung zu gute komme. Den Hamburger Kollegen sei aufzugeben, derartigen Kassen ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Statuten den Ansprüchen der Gerechtigkeit anzupassen.

Mentel erwiderte, die älteren Kollegen würden ihre Rechte nicht aufgeben wollen; Herr Genssch bekäme immer Leute. Die jetzt eintreten, hätten den Genuß der Kasse.

Flaschmann meinte, man solle dem Vorschlage der Kommission beipflichten: „Der Kongress stellt fest, Dijon sei teils von falschen Anschauungen ausgegangen, teils habe sich das Personal Fehler zu schulden kommen lassen und spricht sich gegen alle Hauskassen aus.“

Hierauf Schluß der Sitzung.

Vormittagsitzung vom 16. Januar.

Eröffnung 9 Uhr. Vorsitz Richter-Leipzig.

Zum Situationsberichte aus Hamburg erklärte der Delegierte Mentel, daß in tariflicher Hinsicht alles in bester Ordnung sein, die bundesrätlichen Bestimmungen würden ebenfalls genau eingehalten; was das Berechnen nach Tausenden anbelange, so wären sie dadurch nicht im Nachteile; die Arbeitsverhältnisse müße er als gute bezeichnen.

Baumgartner und Seelmann schreiben die Hauptschuld an den zugespitzten Verhältnissen in Hamburg dem Kollegen Dijon zu und sind erstaunt, daß es den Hamburger Kollegen nicht gelungen wäre, die Kloberechnung einzuführen; die Zentralkommission hätte sie veranlassen müssen, den Beschluß des Offenbacher Kongresses zur Einführung zu bringen. Hätten die Hamburger Kollegen den festen Willen gehabt, so wären sie auch zu einem einheitlichen Tarife gekommen.

Berthahn hat die Ueberzeugung gewonnen, daß Kollege Mentel die Verhältnisse von Hamburg gerade so glänzend geschildert hätte, wie F. Dijon auf dem Offenbacher Kongresse und wunderte sich, daß die Vertreter von Hamburg ihren Antrag nicht begründen wollten. Die Zustände von Hamburg seien noch gang gelinde geschildert worden.

Krabs legte hierauf die Gründe dar, welche sie veranlaßt hätten, den Antrag auf Einführung des Klobestaffel-tarifes bei John-Altona zu stellen. Sie hätten 1897 große Schwierigkeiten gehabt betreffs des Tarifes. Die bundesrätlichen Bestimmungen seien eingeführt bis auf die Abzugstrichter.

Dornis ist der Meinung, daß Kollege Mentel in dieselben Lobhudelein verfalle wie Dijon auf dem Offenbacher Kongresse; wenn derselbe die Hamburger Verhältnisse nicht in die Deffentlichkeit gebracht hätte, so würden dieselben auch heute wieder als die glänzendsten geschildert werden.

Mentel verteidigt sich gegen die Vorwürfe von Berthahn, Dornis und Vogt, wonach seine Ausführungen mangelhaft gewesen seien.

Hochstetter-Wien gab den Situationsbericht für Wien, woraus hervorging, daß die 1899er Tarifbewegung eine Aufbesserung von etwa 20 Proz. gebracht habe. Ein Normaltarif sei nicht möglich gewesen, weil sich die Kollegen nicht einigen könnten. Der Geschäftsgang sei durchschnittlich ein guter gewesen. Die Kloberechnung sei eingeführt. In kleineren Hausgießereien werde gewisses Geld gezahlt. Die meisten Kollegen gehören dem Verbände, 200 dem Klub der österreichischen Schriftgießer an, während sich etwa 50 indifferent verhalten. Ungerernte Gießer sind 9 vorhanden. Eine Lehrlingskafala wie sie die Buchdrucker haben wurde eingeführt, auch sei ein Abkommen getroffen, daß keine ungerenteten Arbeiter mehr eingestellt würden. Die Arbeitszeit sei eine neunstündige.

Gruber-Budapest gibt einen obigen ähnlichen Bericht.

Zum Punkte Statistik nahm Reinke-Berlin das Wort: Es befinden sich in Deutschland 76 Gießereien. Von 4 kleineren Städten ist nichts bekannt geworden. In Berlin sind 2 Gießereien eingegangen; beschäftigt werden 71 Faktoren (gegen 1897 10 mehr); Fertigmacher und Höfhebler 230 (mehr 53), Kompletgießer 432 (141 mehr), Handgießer 239 (121 weniger), diese allein haben abgenommen, 66 Justierer (13 mehr) und 84 Jurichter, welche meistens Mechaniker sind. Die Zahl der Lehrlinge hat sich um 70 vermehrt, von 200 auf 270. Ungerernte Arbeiter sind 142 vorhanden (15 mehr). Die größte Anzahl beschäftigten Schelter & Giesecke. Arbeiterinnen 596 (mehr 47), wovon wieder vorgenannte Firma die größte Zahl (93) beschäftigt. 795 Kollegen arbeiten im Berechnen (135 mehr), 349 Gehilfen im gewissen Gebie (mehr 7). In 2 Gießereien wird 8, in 8 8¹/₂, in 3 8³/₄, in 54 9 und in 7 9¹/₄ Stunden gearbeitet. Kompletmaschinen sind 562 vorhanden (199 mehr), Handmaschinen 502 (168 weniger), Höfhefräsmaschinen 49 (23 mehr), Bestoßzeuge 257 (19 weniger), einige stehen leer. Im Verbands sind 998 lokal organisiert 1062. Arbeiterinnen sind 191 lokal organisiert. Unorganisiert sind 164. Es seien dies nur trockene Zahlen, aber sie zeigten ein Bild der fortschreitenden Technik. Die Schriftgießer seien mit an der Kulturarbeit beteiligt.

Nach kurzer Debatte wurde der Bericht angenommen, worauf noch eine Aussprache über Ventilationseinrichtungen erfolgte, dann trat die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung vom 16. Januar.

Betreffs der Beschäftigung der ungerenteten Arbeiter mit Schriftgießerarbeiten ist der Kongress der Meinung, daß es nicht gebüdet werden könne, daß neben der Lehrlingen noch Arbeitsleute angelernt werden dürfen, indem doch erstere eine vierjährige Lehrzeit durchzumachen haben. Wo noch aus früherer Zeit solche ungerentete Arbeiter vorhanden, sollen dieselben als Gehilfen anerkannt werden, künftighin dürfen aber solche Leute nicht mehr angelernt werden und ist der Antrag Frankfurt in nachfolgender Fassung angenommen worden: Der Kongress wolle beschließen, in allen unseren sachlichen Zweigen, als Gießer, Fertigmacher, Höfhebler, Höfhefräser und Justierer, dürfen unter keinen Umständen weder Schloffer noch Hilfsarbeiter angelernt werden.

Das Referat betr. Organisation hatte Berthahn-Berlin namens der Zentral-Kommission übernommen. Derselbe sprach sich in treffenden Worten dahin aus, daß mancher Kollege es wohl nicht für nötig halte, diese Frage noch zu ventilieren, er sei darin aber anderer Meinung, da die Organisationsfrage wohl als die wichtigste in der Arbeiterbewegung zu betrachten sei und deshalb immer wieder erörtert werden müsse. Ohne Organisation sei eine Besserung resp. Erhaltung der Arbeitsbedingungen absolut nicht möglich. Die Erfahrung habe gelehrt, daß in den Gießstädten, in denen die Organisation nach den Offenbacher Beschlüssen ausgebaut ist, Versuche, an den einmal festgesetzten Positionen zu rütteln, an dem geeinten Zusammenhalte der Arbeiter und Arbeiterinnen gescheitelt. Bei dem heute sich mehr und mehr ausbreitenden Bestreben, die Arbeitsbedingungen auf längere Zeitschnitte festzusetzen, erkläre er, daß man prinzipiell damit einverstanden sein könne, wenn die bestehenden Bedingungen zufriedenstellend seien, jedoch dürfe man sich nicht wundern, wenn die Arbeiterchaft mißtrauisch ist; es bleibe abzuwarten, ob die Arbeitgeber bei schlechter Geschäftskonjunktur die vereinbarten Abmachungen halten und sei dies ein

weiterer Grund, der eine feste Organisation notwendig macht. Da es nun eine bestehende Tatsache ist, daß die Lebenslage des Arbeiters immer schwieriger wird durch die steigenden Preise aller Lebensmittel und exorbitante Steigerung der Wohnmieten, welche nicht angetan sind, auch nur ein Atom von den heutigen Löhnen nachzulassen, und ein Teil unserer Kollegen durch die veränderte Produktionsweise ohnedies schon schwer geschädigt ist, so müssen wir ebenfalls ganz dastehen, um irgend welchen Reduktionsgefühlen ganz energisch entgegenzutreten. Die Organisation der Arbeiterinnen lasse in einigen Gießstädten noch zu wünschen übrig. Er müsse dem Kongresse mitteilen, daß der Verein der gütthilfsigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Zentral-Kommission darüber Vorwürfe gemacht habe. Wenn hier bei den Situationsberichten erklärt worden sei, daß die örtlichen Verhältnisse daran schuld seien, so sei dies eine irrtümliche Anschauung, wenn der gute Wille vorhanden und die Kollegen in genügender Weise auffähernd wirken, so könne wohl auch dieses Hindernis überwunden werden. Auch noch mancher Kollege sehe sich bloß an den gegebenen Tisch, ohne irgendwie eine Bestreuer zu leisten, auch diese müßten an ihre Pflichten der Allgemeinheit gegenüber erinnert werden, so ständen namentlich in der Gießerei Hünisch noch verschiedene indifferente Kollegen. Nachdem nun bereits neun Zehntel der Kollegen dem Verbands angehörend, so dürften wir nicht ruhen noch rasten, bis auch der letzte in unserm Verufe thätige Arbeiter oder Arbeiterin organisiert ist. An der nachfolgenden Debatte beteiligten sich die Delegierten von Hamburg, Frankfurt, Leipzig und Stuttgart und erklärten, bezüglich der Organisation in den von ihnen vertretenen Städten nach der in dem Referate Berichtens ausgeprochenen Richtung zu wirken.

Anträge betr. Organisation waren weiter eingegangen von Frankfurt und Leipzig.

In einem kräftigen Schlussworte betonte Verthahn, sich nicht davon abbringen zu lassen, auch die Arbeiterinnen der anderen Gießstädte von der Wichtigkeit der Organisation zu überzeugen. So wie alles fortschreite, hätten auch wir fortzuschreiten. Weiter wies auf die trefflichen Ausführungen im Leitartikel in Nr. 5 des Corr. hin. Es werde die Durchführung aller Anträge und Beschlüsse leicht gelingen, wenn die Organisation eine gute und straffe ist.

Hierauf wird der Antrag: „Der Kongress beauftragt die Kommission, ein Regulativ auszuarbeiten, wonach sich die einzelnen Schriftgelehrere bei Beratung ihrer Statuten möglichst zu richten haben“, einstimmig angenommen. Ebenso wird folgende von Schönleiner gestellte Resolution einstimmig angenommen: „Der Kongress verpflichtet die Delegierten, in ihren Kreisen nach Kräften dahin zu wirken, daß die Beschlüsse hinsichtlich der Organisation der Hilfsarbeiter zur strikten Durchführung kommen. Ferner erklärt der Kongress nach Kenntnisnahme des Referats die Organisation betr., daß es unbedingte Notwendigkeit ist, mit allen erlaubten Mitteln dahin zu streben, die noch dem Verbands fernstehenden Kollegen demselben zuzuführen.“

Hierauf wurde zur Wahl der Zentralkommission geschritten. Vorsitzender Richter glaubte, daß die Zentralkommission ihre Pflicht im vollsten Maße erfüllt habe und ersuchte um Wiederwahl derselben. Diesem schloß sich auch Schönleiner an. In die Zentralkommission wurden einstimmig wiedergewählt: Verthahn, Flaschmann, Reinde, Niemeier und Alb. Vogt. Flaschmann dankte im Namen der Zentralkommission für die Mitarbeit der Kollegen.

Als Ort für die Abhaltung des nächsten Kongresses schlug Schönleiner Leipzig vor, was einstimmig angenommen wurde. Zahn und Dornis brachten den Beschluß von Offenbach, von jeder Versammlung Berichte im Corr. zu bringen, in Erinnerung.

Hochstetter-Wien konstatierte, daß die deutschen Schriftgelehrer Großartiges geleistet und versprochen, sein Ganzes einzusetzen, um das zu erreichen, was hier beschlossen. Gruber-Budapest will ebenfalls versuchen, es in Budapest zum Besten zu bringen.

Verthahn: Sie haben nach tagelanger Arbeit das Beste, was geleistet werden konnte, geleistet; es entsteht nun die Verpflichtung für Sie, alles was beschlossen zur Verwirklichung zu bringen. Mögen die Delegierten alles erfüllen, was die deutschen Kollegen von ihnen erwarten. Niemeier sprach im Namen der Delegierten der Leitung des Kongresses, den Dresdener Kollegen für die herzlichste Aufnahme, dem Buchdrucker-Gesangsverein, den Dresdener Buchdruckern und deren Vertretern Wendische, Steinbrück und Reichenbach den besten Dank aus, ebenso dem Verbandsvorsitzenden und dem Corr.-Redakteur.

Vorsitzender Richter: Wir sind am Schlusse unserer Verhandlungen. In erster Linie danke ich den Kollegen Oesterreichs-Ungarns für die Entsendung ihrer Delegierten und für das Interesse, mit welchem sie unsere Verhandlungen bewohnten. Ferner danke ich den Schriftführern für ihre mühevollen Thätigkeit, unsere Verhandlungen den Gesandten-Kollegen zu übermitteln. Wenn wir keine neuen tariflichen Forderungen gestellt haben, so war dies wohl auch gar nicht unsere Absicht. Wir wollen aber auch das, was wir haben, behalten und hoffen auf ein Entgegenkommen unserer Prinzipale. Kollegen. Sie haben mir die Ehre zu teil werden lassen, mich als Vorsitzenden des Kongresses zu wählen und haben mir dieses Amt durch Ihre sachlichen Verhandlungen leicht gemacht. Ich spreche Ihnen meinen Dank aus, mögen Sie alle, wenn Sie nach Hause kommen, in dieser Weise fortfahren zum Wohle der Ge-

samtlicher und schließe ich den dritten Kongress der Schriftgelehrer Deutschlands mit einem kräftigen Hoch auf den Verband. Telegramm ging ein von den Steinhardt'schen Kollegen (Berlin).

Richtigstellung. In dem Protokolle in Nr. 7 des Corr. auf Seite 2, erste Spalte ist richtig zu stellen, daß während der Nachmittags-Sitzung nicht Kollege Seefmann, sondern Kollege Bender die Ausführungen über die Hünisch'sche Schriftgelehrerei gemacht hat.

Zum Kampfe in Leipzig.

Zahlen beweisen! Einer der Vorwürfe den die „Zielbewußten“ Leipziger Parteigenossen den verpöndlichsten Hünisch-Dunderschen Verbandsbuchdruckern gegenüber erheben, ist der, daß sie sich so wenig an der sozialdemokratischen Partei beteiligen usw. Zurückgeführt wird dieses auf die angeblich der Sozialdemokratie feindselige Haltung des Corr., auf den Verzicht von Vorträgen irgendwelcher Parteigrößen und dergleichen andere erzieherische Momente. Abgesehen davon, daß wir trotz des angeblichen Fehlens dieser Momente jederzeit nachzuweisen in der Lage sind, daß vor dem Sineimischen der Leipziger Volkszeitung in unsere rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten und dem systematischen Sinausdrängen unserer Mitglieder aus den sozialreformatorischen und sonstigen Institutionen sich die Buchdrucker absolut und relativ am stärksten an der Parteibewegung in Leipzig beteiligten. Im übrigen sollte man erwarten, daß die „Zielbewußten“ Thätigkeit der Leipziger Partei- und Gewerkschaftsgrößen in Bezug auf die politische Betätigung der Leipziger Arbeitererschaft viel größere und für die Partei günstigere Resultate zeitigen müßte.

Die vorige Woche hier abgehaltene Generalversammlung des Wahlvereins für den 12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt) belehrt uns und jeder, der noch denken kann, eines andern. Dorthelbst wurde nämlich mitgeteilt, daß die Zahl der Mitglieder 1380 beträgt, rechnen wir hierzu noch die gleiche Zahl Mitglieder der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Leipzig-Stadt, so ergibt sich, daß etwa 2700 Arbeiter Leipzigs politisch organisiert sind gegenüber den sich aus einer Statistik der L. B. vom Jahre 1899 ergebenden 25376 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Dieses ist das Resultat der „Zielbewußten“ politischen Arbeit der Leipziger Parteigrößen, die wahrlich recht sehr nötig hätten, in ihren Gewerkschaften und Berufen die Notwendigkeit der politischen Organisation zu predigen, statt den Buchdruckern vorzuwerfen, diese seien entsprechend ihrer Zahl zu wenig politisch organisiert. In derselben Versammlung verwies noch der Vorsitzende auf „die immerhin nicht zu verachtenden großen Organisationen unserer Gegner, die uns veranlassen müßten, alle Kräfte anzuspannen, damit unsere Mitgliederzahl nicht zurückginge, sondern noch stärker als die Bevölkerung und die Organisationen der Gegner zunehmen müßten.“ Als in der Vermittlungskonferenz mit dem Parteivorstande einer der Ausständigen auf die Anstrengungen der Gegner und im Gegenjase dazu auf die traurigen Parteiverhältnisse in Leipzig hinwies, hatten die „Zielbewußten“ Genossen und Träger „neuer Ideen“ keine andre Antwort als — Gelächter.

Wir schließen dies Kapitel Leipziger „Zielbewußtseins“ noch mit der Feststellung der Tatsache, daß die Generalversammlung des 1380 Mitgliedern zählenden Leipziger Wahlvereins von 80 Mitgliedern und die Parteiversammlung des 12. und 13. Wahlkreises, welche sich mit der für das Leipziger Parteileben so wichtigen Frage des Konfliktes in der Leipziger Volkszeitung beschäftigte, von 6-700 Mitgliedern besucht war. Besser als durch den Konflikt und die vorstehenden Zahlen kann das „Zielbewußte“ Wirken der Leipziger Parteigrößen nicht illustriert werden.

Herr S. Kagenstein in Mannheim schreibt uns:

„Wie ich sehe, sind in Leipzig Flugblätter verbreitet worden, die meine Richtigstellung im Corr. in auffälliger Form wiedergeben.“

„Da ich selbstverständlich dem Kampfe gegen das Leipziger Parteileben völlig fern stehe, lege ich Wert darauf festzustellen, daß die Verbreitung jenes Flugblattes ohne mein Wissen und gegen meinen Willen erfolgt ist.“

Mannheim, 18. Januar 1901. Simon Kagenstein.“

Wir stehen der Verbreitung der Richtigstellung des Herrn Kagenstein in der von seinen Genossen gesprengten Volksversammlung ebenso fern wie Herr Kagenstein selbst, wie letzteres aus vorstehendem ersichtlich. Daß gegen seinen Willen diese Verbreitung geschehen ist, mag für die Ohren seiner Leipziger Genossen, welche diese Richtigstellung als einen Buchdrucker-Schwindel bezeichneten, sehr angenehm klingen, aber ist die Regel aus dem Lauf, ist sie nicht mehr des Schlimmen. Uebrigens: „C'est la guerre!“ D. D.

Die Leipziger Handels-, Transport- und Lehrarbeiter waren die ersten, welche sich glaubten das Wohlverhaltenszeugnis der Leipziger Volkszeitung verdienen zu müssen. Sie brühten nämlich der L. B. ihr Vertrauen aus und verurteilten die organisierten Buchdrucker. Von diesem welthistorischen Vorgange nahm sogar die Sächs. Arbeiterzeitung Akt. Inzwischen haben

auch die Holzarbeiter, die Bäcker, Maler u. a. zu gunsten der L. B. votiert. War ja auch nicht anders zu erwarten, nachdem man sich schon seit Jahren dem hiesigen Arbeiterblatte bedingungslos in die Hände gegeben hat. Die von den Transportarbeitern gefasste Resolution hat aber noch ein Nachspiel gehabt, indem ein von mehreren Mitgliedern an die Redaktion des Verbandsorgans der genannten Arbeitergruppe gerichtetes „Eingefandt“ in demselben keine Aufnahme gefunden hat. Uebrigens hatten die in Frage kommenden Mitglieder sich erstrecht, der L. B. ein Vertrauensvotum nicht auszufüllen. Wir werden nunmehr von den Beteiligten erjucht, dieses Eingefandt im Corr. zu veröffentlichen. Dasselbe lautet:

Eingefandt.

Bezugnehmend auf die im Königschen Hofe in der Mitgliederversammlung vom 22. November 1900 gefasste Resolution, die Angelegenheit der Leipziger Volkszeitungsredaktion betreffend, erklären wir uns mit derselben nicht solidarisch, wir halten die Handlungsweise der letzteren für eine reaktionäre, unbrüderliche Maßregelung und haben keine Ursache, vor derselben einen Eiertanz aufzuführen, zumal dieselbe gerade uns gegenüber, als wir seiner Zeit unsere Delegierten vom Gewerkschaftskartelle zurückziehen wollten, in ganz gehässiger Weise dadurch ihre Mißachtung ausgedrückt hat, daß sie eine Verächtlichmachung unserer damaligen Bevollmächtigten, des Kollegen Franz Schmidt, als nebensächliche Briefkastennotiz behandelte. Wir besitzen noch so viel Rückgrat, daß wir es nicht für nötig halten, vor der Redaktion der Leipziger Volkszeitung alias Leipziger Parteikarte zu liebebedauern, zumal dieselbe der Generalkommission der Gewerkschaften gegenüber sowie auch bei der Landtagswahlbeteiligungsfraße ebenfalls nicht glaubte nötig zu haben, Disziplin zu leisten.

Mehrere zielbewußte Mitglieder aus Leipzig-Df.
S. A.: Wilh. Görig.

Korrespondenzen.

Berlin. In der letzten Nummer des Corr. unter der Spitzmarke „Enlisch“ stellt der erste Faktor der Badingschen Offizin, Herr Karl Rosen, jetzt öffentlich die Behauptung auf, ich hätte ihm seinerzeit die Erklärung abgegeben, mich nicht öffentlich zu betätigen. Das ist eine wissenschaftliche Unwahrheit! Um so mehr, als mir bei der Unterredung am Silbberabend von Herrn Bading sowohl als Herrd Bamberg und Herrn Rosen bestätigt wurde, daß ich eine solche Erklärung nie abgegeben habe! Schon der Schein eines Verdachtes, eine solche Erklärung abgegeben zu haben, hat mich bemogen, meine 8 1/2 Jahre im Vorwärts innegehabte Stellung freiwillig aufzugeben; denn unter der Leitung eines Intriquanten wie Herr Rosen einer ist, kann ich nicht arbeiten. Was den Passus betrifft, daß der Arbeiterauschuss mit mir nichts zu thun hätte haben wollen, so muß ich den Lesern des Corr. mitteilen, daß gerade auf Betreiben des Herrn Rosen und seiner Freunde das, Stattfinden der von mir beantragten Arbeitersauschuss-Sitzung unterblieben ist; es hätte ja auch die Wahrheit ans Licht kommen können! Theodor Labuhn. — (Merkwürdig, daß jetzt erst Herr Labuhn die Unmöglichkeit einsteht, unter Herrn Rosen arbeiten zu können. Mit der Entwicklung zur Streikbrecher-Organisation scheint auch bei deren Mitgliedern eine Verfeinerung ihres Gefühls eingetreten zu sein, verbunden mit einer bis jetzt bei den Gewerkschaftern noch nie entdeckten Schwärmerei für die Wahrheit — die ich (Labuhn) meine. D. Red.)

Koblenz. Zur Abwehr der von dem Bezirkschriftführer Schneider-Bonn im Corr. (Nr. 141 von 1900 und Nr. 2 von 1901) dem Vorsitzenden des Koblenzer Ortsvereins (Zweininger) in den Mund gelegten Keuschungen in Bezug auf die hiesige (Koblenzer) Mitgliedschaft nimmt nunmehr letztere das Wort und erklärt: Es ist unwar, daß Kollege Zweininger auf der Bezirksversammlung in Koblenz die bevergte Keuschung gethan hat; kein einziger Kollege der Koblenzer Mitgliedschaft hat ein Wort davon gehört, wenn auch Schriftführer Schneider kurzer Hand in unserm Vorsitzenden „klipp und klar“ die Behauptung aufkroziert, oder sollten die Koblenzer Mitglieder in dem gegebenen Momente, als die Keuschung gefallen sein sollte, alle — geschlafen haben, andernfalls wären wohl die Worte etwas näher beleuchtet worden und hätte wohl der eine oder andre Kollege auch noch ein Wortchen mitgesprochen. Es lag aber überhaupt gar kein Grund vor, eine solche Keuschung den hiesigen Mitgliedern gegenüber zu gebrauchen, denn dies beweist die dem Protokollbuche beigelegte Präsenzliste, welche stets einen zahlreichen Ortsversammlungsbesuch aufweist. Jedoch Schriftführer Schneider-Bonn ist nun einmal schlecht auf Koblenz zu sprechen und wo er der hiesigen Mitgliedschaft einen Zutritt versehen kann, da ist er flugs bei der Hand, wie er dies schon des öftern bewiesen hat. Bis jetzt hat man dies allerdings noch nicht tragisch genommen, wenn aber auf diese Art und Weise Versammlungsberichte verfaßt und noch dazu später nicht dir nichts „klipp und klar“ einfach behauptet und als unantastbar erklärt werden, dann ist es wohl an der Zeit, dieselben etwas niedriger zu hängen. Was nun das nach Schriftführer Schneiders Meinung nachträglich über Zweininger heraufbeschworene „Gewitter“ anlangt, so mag Schn. sich nur beruhigen; denn es ist doch ein Ding der Unmöglichkeit, jemand zur Rechenschaft zu ziehen über eine Keuschung, die er nicht gethan hat. Und zudem kann es doch nur als Zeichen der Zufriedenheit der Mitglieder mit ihrem

Vorsitzenden betrachtet werden, wenn dieser auch für dieses Jahr wieder einstimmig als solcher gewählt wurde. In Bezug auf die Bemerkung Schn.: „Später will man immer etwas anderes gesagt haben als tatsächlich gesagt worden ist“, so gilt für uns, daß das Besagte zum mindesten auch richtig verstanden werden muß, ganz besonders von einem Bezirkschriftführer, und nicht einfach Behauptungen in die Welt gesetzt werden, welche nicht auf Tatsachen beruhen und zu guter Letzt sich auch noch auf diese Behauptungen „klipp und klar“ zu beziehen. Zu dem Gott befohlen bis zur nächsten Bezirksversammlung“ sind wir der Meinung, daß solche Vorkommnisse wachseln kein Mittel sind, um zum Besuche einzuladen, im Gegenteil könnte sich gerade hierdurch der eine oder andre Kollege veranlaßt fühlen, derselben fernzubleiben, um unnötigem Gezanke aus dem Wege zu gehen, denn alle Kollegen sind nicht so „gut beschlagen“ wie „Schriftführer“ Schn. Dies zur Steuer der Wahrheit, dem Bonner Schriftführer zur Beherzigung und zur Rechtfertigung des Kollegen Zwenminger und der Koblenzer Mitgliedschaft. Hiermit ist für uns die Angelegenheit im Corr. erledigt. Die Mitgliedschaft Koblenz. — (Wir sind der Meinung, diese „Abwehr“ hätte unter Kollegen etwas weniger gehässig ausfallen können, denn schließlich kann der Irrtum auf beiden Seiten liegen. Abzüglich will Kollege Schneider der Mitgliedschaft Koblenz sicher nicht zu nahe treten. D. Neb.)

Schleswig. Am 10. Januar hielt der hiesige Ortsverein die erste Versammlung in diesem Jahre ab, welche von zwei Drittel der Mitglieder besucht war und vom Vorsitzenden mit einem „Willkommen“ eröffnet wurde. Hierauf wurde der Jahres- und Kassenbericht erstattet. Aus demselben ist hervorzuheben, daß man in Bezug der allgemeinen Einführung des Tarifes auch hier etwas vorwärts kam, indem die Buchdruckerei F. Johannsen (Inhaber Johs. Jbbelen) und Bernh. Klinker den Tarif anerkannten, während bei dem ehemaligen Verbandsmitgliede Johs. Christjansen, Inhaber des Schlesw. Anz., jede Bemühung in dieser Hinsicht vergebens war. Als ein erfreulicher Fortschritt ist zu bezeichnen, daß vier Kollegen neu und ein Kollege wieder aufgenommen wurden. Mitgliederzahl am 1. Januar des Berichtsjahres 21. Arbeitslose Tage sind nicht zu verzeichnen. Arbeitsunfähig waren 11 Mitglieder 220 Tage. Unsern Ort bevöhlerten 155 auf der Reise befindliche Kollegen, von denen 8 ausgeföhrt bzw. nicht bezugsberechtigt waren; letztere erhalten aus der Ortskasse ein Bauxium von 50 Pf. Einnahme und Ausgabe der hiesigen Mitgliedschaft balancierte für die Zentral- und Gaukasse mit 1592,80 Mk. Eine Vorstandssitzung und 12 Versammlungen waren zur Erledigung der Vereinsangelegenheiten nötig. Die Versammlungen hatten sich eines mittelmäßigen Zuspruches zu erfreuen. An Vergnügungen wurden ein Wintervergnügen im Februar und eine kleine Gutenberg-Jubiläum-Nachfeier im November abgehalten. Mit Ende des Berichtsjahres schied der Verein aus dem Gewerkschaftskartelle aus. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im weiteren wurde des 25-jährigen Gaudvorsitzer-Jubiläum unsers Kollegen Heilmann gedacht und einstimmig beschlossen, demselben ein Geschenk durch zwei Delegierte zu überreichen. Mehrere Redner hoben einmütig die Verdienste hervor, die der Jubililar sich um unsern Gau und speziell auch um unsern Ortsverein erworben, und wurde eine Lage Bier aus der Ortskasse bewilligt, um unsern verehrten Kollegen Heilmann noch durch einen kräftigen Schluck und durch ein dreifaches Hoch besonders zu ehren. Unter Verschiedenem wurde ein Schreiben des Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells verlesen und der Vorstand beauftragt, dasselbe zu beantworten, womit die Versammlung geschlossen wurde.

Würzburg. Der in letzteren Wochen mehrfach im Corr. ausgeschriebene Seher Otto Henneberg hat am Sonntag den 13. Januar auch hier Gastrollen gegeben. Er logierte sich bei einer Frau ein, ließ sich 3 Mk. geben und verschwand andern Tages. Hier möge mitgeteilt sein, daß der Schwinder Otto Henneberger heißt. Die betrogene Frau hat bei der Polizei Anzeige erstattet.

-d.-Zwidau. Die zweite Jahreshauptversammlung der hiesigen Mitgliedschaft fand am 5. Januar statt; dieselbe vollzog eine Aufnahme, worauf dann der Vorsitzende, der Kassierer und der Bibliothekar ihre Berichte erstatteten. Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt 80, gestorben ist 1 Mitglied, krank waren 25 Mitglieder 330 Tage und arbeitslos 18 Mitglieder 227 Tage. — Die Abrechnung der Ortskasse ergab eine Einnahme von 550,64 Mk. und eine Ausgabe von 493,94 Mk., hierzu kommt ein Ueberfluß vom Vorjahre von 194,44 Mk. und ein Ueberfluß der Bibliothek vom Vorjahre von 3,90 Mk., ergibt einen Kassenbestand am 1. Dezember 1900 von 255,04 Mk. Noch sei hervorzuheben, daß im ersten Halbjahre ein Defizit von 55,25 Mk. zu verzeichnen war infolge Ausgabe von 152 Mk. zur Gutenbergfeier in Chemnitz, für 130 Corr. 84,29 Mk. usw., wühingegen im zweiten Halbjahre ein Ueberfluß von 111,95 Mk. erzielt worden ist. — Nach vollzogener Gewährung der Remuneration und Neuwahl des Vorstandes (s. Nr. 6 des Corr.) beschäftigte sich die Versammlung noch mit der hiesigen Tagesblatt-druckerei C. A. Günther Nachf. Nachdem vor einigen Wochen der Deutsche Buchdruckerverein (Kreis VII, Sachsen) sich infolge der von dieser Druckerei ausgeübten Schmutzkonkurrenz genötigt fühlte, gegen dieselbe öffentliche Stellung zu nehmen, sah sich auch die Verbandsgehilfschaft veranlaßt, einmal energischer gegen diese Druckereiwirtschaft vorzugehen und billigte die Versammlung nach reger

Aussprache die von der Verbandsverwaltung in dieser Angelegenheit vorzunehmenden Schritte. In der Debatte konnte man sich der Verwunderung nicht enthalten, daß diese „Muster“druckerei trotz der Nichtachtung der bundesrätlichen Bestimmungen in Bezug auf Beschäftigung, Handlucher (10 Mann 1), Spucknäpfe, Garderoberaum usw., Ueberschreitung der Beschränkungsliste, Forderung der Gewarbeitszeit an Sonntagen für in die Woche gefallene Feiertage und sonstige Preisgabe der tariflichen Bestimmungen noch das Tarifierzeugnis ziert, obwohl wiederholt von hier aus deren Streichung aus demselben verlangt wurde. Die „Herr im Hause“-Theorie treibt in diesem Gutenbergtempel die üppigsten Blüten, woraus sich auch die Erklärung ergibt, daß Verbandsmitglieder dortselbst keine gastliche Stätte finden. Obwohl das dabeilbst hergestellte Organ Zwidauer Tagesblatt in seinen Spalten von Arbeiterfreundlichkeit überfließt und des öfters die Wahrung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter befristet, verwehrt es jedoch seinen eignen Arbeitern, sich koalieren zu dürfen. Doch, daß wir nicht die Unwahrscheinlichkeit schreiben, es gefasst gnädigst seinen Arbeitern den Anschluß nur an solche Vereinigungen, denen die Wahrung der Arbeiterrechte und Verbesserung der Lage des Arbeiters nur Chimäre ist, weshalb der Gutenberg-Bund unter der Leitung des bekannten Faktors Böhm aus Plauen sein Nest in dieser Dffizin aufschlagen durfte. Das widerprüchliche Fortbestehenlassen der oben geschilderten Mißstände beweist wieder recht deutlich, daß der in Worten präherlich auftretende Gutenberg-Bund weder den ersten Willen noch die Kraft hat, Uebelstände solcher Art abzuschaffen und daß die Bündlerparole auch weiter lauten wird: „Dude Dich, dude Dich, lieber Bündler“ usw. Hier hätte der großpredigerische Schriftleiter des Bundes, Herr Dahl, ein reiches Arbeitsfeld vor sich, hier gilt es, einmal gründlich Ordnung zu schaffen, wenn es ihm in Wirklichkeit darum zu thun wäre, aber das darf er nicht, weil — nur weil eben der Bund eine von Faktoren begründete und von Prinzipalen selbstverständlich begünstigte Organisation von Klausurherrschaft ist und bei der geringsten Front gegen Faktoren- und Prinzipalsübermut ihrer Güntlinge verlustig und deshalb elend zu Grunde gehen müßte. — Ein weiterer Punkt beschäftigte sich noch mit den Vorkommnissen in der Leipziger Volkszeitung. Nach einer heftigen und ausgiebigen Debatte, an der sich fast sämtliche Kollegen beteiligten, während welcher auch dem Redakteur des hiesigen Volksblattes, Herrn Albert, der bei dieser Debatte zugegen war, sein einseitiger Standpunkt, den er in dieser Angelegenheit einnimmt, vor Augen geführt wurde, wurde folgende Resolution gegen 1 Stimme angenommen: „Die am 5. Januar 1901 tagende Hauptversammlung der Mitgliedschaft Zwidau erklärt sich mit dem Vorgehen der Leipziger Ausführenden gegen die L. V. einverstanden und drückt denselben ihre vollste Sympathie aus.“

Rundschau.

Kollege H. F. Nisius in Emden feierte am 17. Januar sein fünfundsanzwanzigjähriges Geschäftsjubiläum in der Buchdruckerei von Th. Sahn Bwe.; er trat am 17. Januar 1876 zum dritten Male in das Geschäft ein, so daß er im ganzen über 30 Jahre demselben seine Arbeitskraft widmete. — Am 1. April sind auch 25 Jahre verfloßen, seit Kollege Nisius das Amt eines Reisekasserverwalters übernahm, und nicht nur in dieser Eigenschaft, sondern auch im übrigen stets bestrebt war, die Interessen des Verbandes zu wahren und zu fördern. Auch als Mitarbeiter des Corr. machte er seine Meinung vielfach in herber Weise geltend. Wir entbieten dem Kollegen Nisius unsern Glückwunsch, möge es ihm vergönnt sein, noch lange auf seinem Posten auszuharren.

Folgende Geschäftsveränderungen entnehmen wir der B. f. d. B.: Die Münchener Handelsdruckerei M. Pöschl ging auf Herrn Max Pöschl über, die Wolfenbütteler Buch- und Leibriendruckerei Heim. Thie auf Herrn Alex. Lange. Aus der Firma Sturm & Koppe (H. Demmhardt) in Leipzig schied Herr Joh. Aug. Demmhardt aus, jetziger Inhaber ist Herr Aug. Maximilian Theodor Felix Demmhardt. Herr Siegfried Schölem in Berlin übertrug seine Buch- und Steindruckerei seinen beiden Söhnen Theobald und Max Schölem.

Der „eiserne“ Kollege hat im vorigen Monate auch in Dessau seinen Einzug gehalten. In der Hofbuchdruckerei von E. Dünhaupt wurden zwei Linotypen aufgestellt.

Das internationale Patentbureau von Heimann & Co. in Dppeln, welches Auskünfte und Rat in Patentfachen an die Abonnenten des Corr. gratis erteilt, teilt uns mit, daß Herr Henry Alexander Wise Wood in New York unter Nr. 115129 ein Patent auf eine Doppelschnelldruckpresse für endloses Papier mit festen Fundamenten und darüber hinausfendenden Druckzylinder erteilt worden ist. Damit die Papierbahn an jedem Hubende des Zylinderchiffittens unter gleichen Bedingungen weitergeführt werden kann, ist die Bewegung des Zylinderchiffittens in der Nähe beider Endpunkte dadurch gleich gestaltet, daß zur Hin- und Herbewegung des Zylinderchiffittens eine Kurvelscheife benutzt wird.

Nachdem der Deutsche Reichstag sich am 15. Januar mit einer Interpellation über die Duellfrage und hiernach in Fortsetzung der Beratung über das Reichsamt des Innern mit dem Staatssekretär v. Posadowsky beschäftigt hatte, beendete er am 16. Januar die Beratung über die

von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Nationalliberalen gestellten Anträge über den weitem Ausbau der Gewerbegerichte. Selbstverständlich unterschieden sich diese Anträge wesentlich von einander, so daß die Antragsteller mehrfach einander bekämpften. Am offenkundigsten sprach sich der Abg. v. Kardorff aus, der die Gewerbegerichte überhaupt für überflüssig hält. Schließlich wurde eine Resolution Hitze-Bassermann angenommen und die übrigen Anträge einer Kommission überwiesen. Dabei wird es wohl vorläufig sein Bewenden haben, es erübrigt sich daher, auf den Wortlaut der Resolution bezüg. der Anträge einzugehen. Am 17. war wieder Graf Posadowsky an der Reihe. Beendet wurde die Debatte über das Reichsamt des Innern auch an diesem Tage nicht, was bei der Reichhaltigkeit der unter dieses Kapitel fallenden Vorkommnisse nicht Wunder nehmen kann.

Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen hat in Gemäßheit § 134 der neuen Gewerbeordnung angeordnet, daß für die in den Staatsbahnhöfen beschäftigten minderjährigen Arbeiter Lohnzahlungsbücher eingeführt werden sollen, die vor oder bei der Lohnzahlung dem Vertreter der Minderjährigen (Vater, Mutter oder Vormund) oder diesem selbst auszuhandigen sind.

Das Bergamt in Sachsen hat mit Genehmigung des Ministeriums des Innern neue Bergpolizeivorschriften erlassen, die in vier Hauptabschnitte zerfallen und in 177 Paragraphen die Einrichtung der Schächte, Maschinen- und sonstigen Anlagen, die Sicherheits- und Vorsichtsmaßregeln bezüglich der Grubenbau, die Jahrgang und Förderung usw. enthalten. Besonders eingehend werden die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter behandelt.

Die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahn hat einen Spezialtarif für „außergewöhnliche“ Dienstleistungen der Werkstattnarbeiter aufgestellt. Die beteiligten Arbeiter sind zwar der Meinung, daß dieser Tarif nur wenigen zu gute komme, also keinen Wert habe, die Löhne vielmehr allgemein einer Aufbesserung bedürften, gleichwohl ist dieser Fortschritt nicht von der Hand zu weifen.

Nach § 91 der Gewerbeordnung soll bei den Innungs-schiedsgerichten die „Anberaumung“ des ersten Termines innerhalb acht Tagen nach Eingang der Klage erfolgen. Wird diese Frist nicht innegehalten, so kann der Kläger verlangen, daß statt des Innungsschiedsgerichtes das Gewerbegericht — sofern ein solches in dem betreffenden Orte besteht — entscheidet. Das Berliner Gewerbegericht ist nun in Uebereinstimmung mit der städtischen Gewerbeabteilung und verschiedenen Kommentatoren der Gewerbeordnung der Ansicht, daß in diesem Falle „Termin anberäumen“ gleichbedeutend ist mit „Termin abhalten“. Das in Frage kommende Innungs-schiedsgericht vertrat einen andern Standpunkt und glaubte der gesetzlichen Vorschrift zu genügen, wenn es innerhalb acht Tagen den ersten Termin nicht abhielt, sondern tatsächlich nur „anberaume“. Von einem klagenden Arbeiter wurde der Instanzenweg gegen das Urteil des Innungs-schiedsgerichtes beschritten und das Amtsgericht als erste Instanz hat zu gunsten des Klägers entschieden und den Prozeß an das Gewerbegericht verwiesen.

In Magdeburg traten die Produzenten von Sauertraut zusammen, um auch ihrerseits zur allgemeinen Schröpfung der Konsumenten beizutragen. Der Preis pro Drgoff wurde von 14 auf 17 Mk. erhöht.

Die Zwidauer Kohlenhändler haben die Kohlenpreise abermals um 10 Mk. pro Doppelwagen erhöht. Der Dividendenhunger ist unerträglich, aber gegen die Arbeiter wird mit vereinten Kräften Front gemacht, wenn sie ihre Lage auch nur um ein Minimum verbessern wollen.

Der preussische Landes-Kriegerverband hat die Summe von 120000 Mk. aufgebracht und zur Feier des zweifundertjährigen Bestehens Preussens als Königreich dem Kaiser überreicht. Aus den Zinsen dieser Summe sollen bedürftige Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene alljährlich am 18. Januar Unterstützung erhalten.

In Dänemark sind unter der Firma Dänischer Arbeitgeber- und Meisterverein 50 Vereine mit 7172 Mitgliedern organisiert, während zehn größere Firmen dem Zentralvereine direkt angehören. Arbeiter-Fachvereine bestehen zur Zeit 1195 mit 96295 Mitgliedern, die mit Ausnahme von 10 mit 15026 Mitgliedern sämtlich ebenfalls einem Zentralverbande angehören. Damit dürfte Dänemark hinsichtlich der verhältnismäßigen Stärke der Organisationen wohl die erste Stelle einnehmen.

Gingänge.

Ein in seiner Art gongartiges Werk in hochgelegantem Einbände liegt uns von der Schriftgießerei Schelter & Giesecke in Leipzig vor: Eine neue und vervollständigte Ausgabe des im Jahre 1888 erschienenen Musterbuches der Erzeugnisse der genannten Schriftgießerei, Messinglinienfabrik sowie deren Kunstanstalten für Holzschmitt, Hochprägung und galvanoplastische Vertriebsfabrik. Das Buch enthält auf etwa 700 Seiten alle Schöpfungen, welche von der Firma innerhalb 25 Jahren gezeichnet, geschnitten und ausgeführt wurden und bietet somit einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Schriftschneidekunst. Und dies nicht bloß in Bezug auf die vorgeführten Schriften usw. nebst Satzbeispielen, welche letztere sich auch auf die Buchdrucker erstrecken, sondern auch in den allgemeinen Vorbemerkungen, welche in instruktiver Weise Auskunft geben über Güte des Schriftmaterials, gleichmäßige und genaue Schrifthöhe, Harmonie in der Schriftzeichnung, Festlegung der Schriftlinie und Schriftweite,

